

Die Rote Mappe 1973

des Niedersächsischen Heimatbundes

**Rückblick und Ausblick,
vorgetragen durch den Vorsitzenden, Dr. Herbert Röhrig,
Hannover, auf dem 54. Niedersachsentag in Bad Pyrmont in der
Festversammlung am Sonnabend, 13. Oktober 1973**

Herr Minister!

Herr Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags!

Meine Damen und Herren, liebe Jugend!

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich, Sie alle begrüßen zu dürfen, besonders auch

die Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Damen und Herren Abgeordneten des Landtages,

die Herren Staatssekretäre,

die Herren Regierungspräsidenten,

den Herrn Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland,

den Herrn Verbandsvorsteher des Landesverbandes Lippe,

die Herren Vertreter der Kirchen,

den Herrn Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont,

den Herrn Bürgermeister der Stadt Bad Pyrmont

sowie die Herren Vertreter zahlreicher anderer Behörden und Institutionen.

Herr Kultusminister Professor v. Oertzen hat seinen heutigen Besuch bei uns leider absagen müssen; wir danken aber Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister Bruns, dafür, daß Sie die Vertretung der Landesregierung übernommen haben.

Zum ersten Mal findet ein Niedersachsentag in Bad Pyrmont statt, auf dem Heiligen Anger, am Hylligen Born. Aus großer Tiefe steigen hier Quellen empor, denen geheimnisvolle Kräfte der Erde besondere Eigenschaften verliehen haben. Seit uralten Zeiten kennt und nutzt der Mensch die wohltätige Wirkung dieses Wassers; er sucht Heilung bei ihm und zugleich Heil in dem grünen Talkessel, der diese Kostbarkeit einschließt wie ein hegender und schützender Wall.

Für uns haben die Quellen auch symbolische Bedeutung. Unsere ganze Arbeit zielt darauf, die Menschen des Niedersachsenlandes immer wieder zu jenen Quellen hinzuführen, die in den Tiefen der Natur und in den Tiefen der menschlichen Gemeinschaft entspringen und eine unübersehbare Fülle wohltätiger und heilender Eigenschaften besitzen. Die Quellen in Pyrmont sprudeln ohne Unterlaß seit undenklichen Zeiten, und jene anderen Quellen tun es

**Der Heilige Anger und der
Hyllige Born in Pyrmont**

**Symbolische Bedeutung
der Quellen**

nicht minder. Beide Arten der Quellen bieten dem Menschen sich dar; an ihm liegt es, ob er sie nutzen will oder nicht. Wer körperlich krank ist und von den Pyrmont Quellen Heilung erhofft, ist sicherlich gern bereit, sie aufzusuchen; die anderen Quellen aber verlangen, daß jeder einzelne nach ihnen gräbt, um ihre heilsame Wirkung an Leib und Seele zu erfahren. Manch einer ist zu träge, zu abgehetzt, zu angefüllt von der Jagd nach dem Golde, um sich die nötige Mühe zu geben. Unser Bestreben ist es, immer wieder dazu aufzufordern, die Menschen zu ermuntern und ihnen klarzumachen, welche entscheidenden Kräfte hier schlummern.

Auch der umhegte Raum dieses Talkessels entspricht der bewußten räumlichen Be-, in der wir unsere Arbeit tun. Wir kennen den Wert des Dranges in die Weite, aber wir meinen, daß man darüber den Wert der Enge, die Einkehr in den stillen, das Nachdenken fördernden Raum nicht vergessen darf. Wem der Wechsel zwischen Heimat und Welt den Rhythmus des Lebens bedeutet, der ist sicherlich gut beraten.

Möge Pyrmont uns also mehr geben als ein paar freundliche Tage. Die Quellen sollen uns an jene geistigen Kräfte mahnen, die aus der Tiefe kommen, und an jedem von uns ihre heilende Wirkung bewähren. Möchten uns auch die schützenden Wälle dieses Talkessels daran erinnern, daß ein Menschenleben im begrenzten Raum reicher und erfüllter sein kann als in der Hast und in der reinen Nützlichkeit der gepriesenen weiten Welt!

Wir danken der Stadt Bad Pyrmont dafür, daß sie uns zum diesjährigen Niedersachsentag eingeladen, und für die große Mühe, die sie sich mit der Vorbereitung gegeben hat. Wir hatten ein Jahr lang Gelegenheit, auch die Probleme dieser Stadt kennenzulernen, und sie sind wahrlich nicht gering. Zwischen den freundlichen Häuserzeilen und in dem vielfältigen Grün, das hier überall in so besonders schöner Weise herrscht, wohnen auch Sorgen. Die Stadt erinnert sich mit Stolz jener Großen dieser Welt, die hier als Kurgäste gewilt haben, und auf manchen Wegen glaubt man noch, ihnen plötzlich begegnen zu können. Es ist schön, daß sich der hiesige Heimatbund der Gedenktafeln angenommen hat, die es hier noch gibt.

Jene Großen aber sind längst dahin, und ihre Nachfolger, falls man sie als solche bezeichnen darf, haben andere Lebensformen.

Unter den Kurgästen herrscht das Alter vor; so sieht es nun einmal ganz allgemein in Badeorten aus. Aber auch die Häuser werden alt und genügen heutigen Ansprüchen oft nicht mehr. Manche Hotels und Pensionen bieten jene Einrichtungen nicht, die der Gast unserer Tage voraussetzt.

Nun ergibt sich die schwere Frage, wie man neue Bauten und neue Lebensformen schaffen kann, ohne jene Harmonie und jenen schönen Maßstab zu zerstören, von denen Pyrmont lebt. Vor allem darf nicht zu dicht, zu kompakt gebaut werden. Will man den Boden zu sehr ausnutzen, so könnte die unverwechselbare Persönlichkeit der Stadt leiden.

Wir haben schon Beispiele dafür, wie brutal sich Bedenkenlosigkeit Raum schaffen kann, wenn man nicht aufpaßt: Die schreckliche schwarze Seitenfassade, die dem Altenaplatz eine tiefe Wunde gerissen hat, zeigt die Gefahr, und am Brunnenplatz, wo die Außenreklame noch bis vor kurzem sauber geregelt war, drängt sich platte Bedenkenlosigkeit hemdsärmelig vor. Mit Anerkennung sei aber am gleichen Platz das Hotel Fürstenhof erwähnt, dessen Fassade vorbildlich hergerichtet worden ist.

Auf jeden Fall braucht Pyrmont nun dringend ein Ortsstatut, um die Baugestaltung in vernünftige Bahnen zu lenken, und wir hören gern, daß es sich in ernsthafter Beratung befindet. Ein guter Anfang ist es sicherlich, daß die Brunnenstraße in eine Fußgängerzone umgewandelt werden soll. Im übrigen hat die Stadt, wie wir zu unserer Freude aus der Landesverwaltung erfahren, einen guten Landschaftspflege und Grünordnungsplan erstellen lassen, der anderen Gemeinden als Beispiel dienen kann.

Sorge aber bereitet auch hier dasjenige, was man seit einigen Jahren mit dem Wort Umweltschutz bezeichnet. Jede Verschmutzung des Bodens, etwa durch einsickerndes Öl, wäre tödlich für die Quellen; deshalb möchte die Stadt für die gesamte Energieversorgung nur

Bewußte räumliche Begrenzung

Dank an die Stadt

Sorgen zwischen den Häuserzeilen

Neue Bauten und neue Lebensformen

Sünden am Altenaplatz und am Brunnenplatz

Ortsstatut dringend nötig

Umweltschutz besonders wichtig

noch Gas heranziehen. Das wäre um so erfreulicher, als dann der wohl einzige Schandfleck im Kurbezirk fallen könnte, nämlich der häßliche hohe Schornstein. Diese Umstellung würde auch die Luft noch sauberer erhalten als bisher; auch sie ist ja für den Kurgast entscheidend wichtig. Eine gute Tat ist die von der Stadt zusammen mit der gesamten Bürgerschaft geplante „Umweltaktion“, die einer gründlichen Säuberung dienen soll.

Eine weitere Voraussetzung für den Heilerfolg ist die Fernhaltung von Lärm; damit gibt sich die Stadt viel Mühe, klagt aber immer wieder darüber, daß sie von Tieffliegern mit großer Lautstärke überflogen wird. Sie liegt außerhalb der Nato-Flugschneisen, aber oft werden Einwohner und Gäste, Gesunde und Kranke, durch plötzlichen unerträglichen Lärm aufgeschreckt.

Vielfache Überlegungen werden darüber angestellt, wie man hier neue und neuartige Kur- und Erholungszentren schaffen kann, die namentlich auch jüngere Menschen ansprechen. Es wird nötig sein, zusätzliche Einrichtungen für die vielberufene Freizeit zu planen, sie aber gut getrennt zu halten von jenen Teilen des Stadtgebietes, die ihre Ruhe behalten sollen. Es wird weiter nötig sein, die Wirtschaftlichkeit der Stadt und der einzelnen Betriebe zu steigern, das kulturelle Leben noch vielfältiger zu gestalten, dabei aber die besondere Atmosphäre von Bad Pyrmont zu bewahren, mit deren Verlust es seine Seele aufgeben würde.

Alles das aber wird Pyrmont nur mit großzügiger Hilfe des Landes Niedersachsenbewältigen können, und ihm ist deshalb die besondere Mahnung ans Herz zu legen, sein Staatsbad nicht im Stich zu lassen. In diesem Zusammenhang sei auch an das im Landesbesitz befindliche Schloß erinnert, dessen Fassade zwar recht gut aussieht, das im Innern und an den Nebengebäuden aber alle Anzeichen eines bösen Verfalls aufweist.

In der hiesigen Bürgerschaft hat es schwere Auseinandersetzungen um ein Kongreßzentrum gegeben, wie man in den Zeitungen lesen konnte. Zweifellos wäre es ein wichtiger Gewinn, aber hätte man es dort hingesezt, wo es vorgeschlagen worden war, nämlich auf das Rondell am nördlichen Eingang des Kurparks, so hätte das einen bösen Mißgriff bedeutet. In harten Kämpfen ist das glücklicherweise abgewendet worden; ganz sicher gibt es für diese Bauten weniger schädliche Standorte.

Lassen Sie uns schließlich auch noch aussprechen, daß wir Bad Pyrmont die von ihm so ersehnte Spielbank ruhig gönnen. Wenn es sie in den benachbarten Bundesländern gibt, ist nicht einzusehen, warum Niedersachsen auf eine höhere Moral stolz sein soll. Hier sind wir jedenfalls an einem klassischen Ort der rollenden Kugel; erst die Preußen haben 1872 die Pyrmontener Spielbank aufgehoben.

Das neue Niedersächsische Gesetz über die Spielbanken sieht vor, daß neben anderen kulturellen Zwecken ein Fünftel der Überschüsse für „Natur- und Heimatpflege“ verwendet werden soll. Vielleicht wirft man uns nun vor, unser Urteil werde durch jene Korruption beeinflusst, die es in anderen Bereichen leider hin und wieder gibt. Der entscheidende Unterschied ist aber, daß wir ja wahrhaftig nichts für uns wollen, sondern immer nur für jene Bestrebungen, denen wir dienen.

Zu diesen Bestrebungen lassen Sie uns nun im einzelnen kommen. Es ist geradezu erstaunlich, in welchem Umfang der Begriff Heimat im letzten Jahr aufgewertet worden ist. Würde er an der Börse notiert, so könnten wir von einer stürmischen Hausse sprechen, ganz im Gegensatz zum Dollar und zu den meisten Aktien; selbst die wiederholte Aufwertung der Deutschen Mark nimmt sich demgegenüber bescheiden aus. Lassen Sie uns Beispiele anführen:

Bundeskanzler Willy Brandt hat in seiner Regierungserklärung am 18. Januar d. J. nicht weniger als dreimal von der Heimat gesprochen:

- „Es geht uns darum, daß die vielen einzelnen ihre Heimat in dem Staat finden, die eine schmale Schicht von Mächtigen früher und lange wie ihren Besitz behandelt hat. Wir wollen den Staat zum Besitz aller machen.“

Klage über Tiefflieger

Zusätzliche Einrichtungen

Mahnung an das Land Niedersachsen

Problematisches Kongreßzentrum

Spielbank

Begriff Heimat aufgewertet

Willy Brandt in der Regierungserklärung

- Unser Staat kann dem einzelnen nicht wirklicher Besitz sein, wenn er seine Heimat nicht in der Geschichte wiedererkennt, die ihm durch die Katastrophen des Jahrhunderts ferngerückt ist.
- Unsere Bürger suchen trotz des Streits der Interessen eine Heimat in der Gesellschaft, die allerdings nie mehr ein Idyll sein wird - wenn sie es je war."

Heute abend werden wir von Professor Konrad Buchwald, einem nüchternen Naturwissenschaftler, der nun wirklich nicht zur Schwärmerei neigt, einen gehaltvollen Vortrag hören über das Thema „Heimat für eine Gesellschaft von heute und morgen“. Dabei wird er Problematik und Realität dieses Begriffes untersuchen, ihn soziologisch ausdeuten, seine Vielfalt hervorheben und seinen Wert gerade für eine mobile Gesellschaft betonen. Das wissen wir aus eingehenden Vorgesprächen, die wir mit ihm gehabt haben.

Prof. Konrad Buchwald, Heimat für eine Gesellschaft von heute und morgen

Vergnügt und schmunzelnd bemerken wir, wie das Wort „Nostalgie“ in immer breitere Volksschichten und alle Altersstufen vordringt. Man erklärt es gewöhnlich mit der Sehnsucht nach dem Vergangenen, und man braucht nur auf den blühenden Handel mit echten und nachgemachten Antiquitäten zu verweisen, um dem recht zu geben. Schlägt man aber ein englisches oder französisches Wörterbuch auf, so steht dort als Übersetzung ganz einfach: Heimweh.

Nostalgie

Man spürt also offenbar nicht nur in der hohen Politik, nicht nur in der Wissenschaft vieler Disziplinen, sondern ganz allgemein auch im Volke, wie groß die Sehnsucht des Menschen nach irgendeinem körperlichen oder geistigen Raum ist, in dem er sich geborgen fühlt.

Aber damit noch nicht genug. Im vorigen Jahr haben wir gefragt, ob es wirklich sinnvoll sei, für das wirtschaftliche Wachstum jedes, aber auch jedes Opfer zu bringen, demgegenüber aber Naturschutz und Landschaftspflege, Bau- und Bodendenkmalpflege sowie ähnliche Sachgebiete im Landeshaushalt zu vernachlässigen. Auch hier haben wir ganz unerwartete Schützenhilfe bekommen: Der Club of Rome, eine Gruppe von rund 70 Wissenschaftlern der verschiedensten Richtungen, Wirtschaftlern und anderen Persönlichkeiten aus 25 über die ganze Erde verteilten Staaten hat unter maßgeblicher Beteiligung des hannoverschen Professors Pestel in einem Dutzend Sprachen ein Buch „Die Grenzen des Wachstums“ herausgegeben. Was dort mit großem Ernst und sehr nüchtern ausgeführt wird, entspricht durchaus unseren Überlegungen und Warnungen.

Club of Rome, Die Grenzen des Wachstums

Weiter hat der bekannte Verhaltensforscher Konrad Lorenz, von dem wir jetzt gerade lesen, daß ihm der Nobelpreis verliehen werden soll, eine kleine Schrift „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ veröffentlicht; wäre er Niedersachse, so müßten wir ihm die Ehrenmitgliedschaft verleihen!

Konrad Lorenz

Eine ganz unmittelbare Folge der Roten Mappe des letzten Jahres, die wir dem Landtag als Eingabe zugestellt haben, war ein Brief des Landtagspräsidenten vom 28. Mai d. J., der uns so wichtig erscheint, daß er wörtlich zitiert sei:

Ein wichtiger Brief des Landtagspräsidenten an uns

„Über Ihre Eingabe, betr. Rote Mappe 1972, hat der Kultusausschuß des Niedersächsischen Landtages beraten.

Dem Antrag dieses Ausschusses entsprechend hat der Landtag in seiner Sitzung am 23. Mai 1973 Ihre Eingabe der Landesregierung als Material überwiesen mit der Maßgabe, die Landesmittel zur Förderung des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Pflege der Bau- und Bodendenkmale bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts 1973 und des Haushaltsentwurfs 1974 nach Möglichkeit angemessen zu erhöhen.

Der Kultusausschuß hat - wie immer - die Ausführungen in der Roten Mappe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Er hofft, daß die finanziellen Leistungen des Landes auf diesen Gebieten im Rahmen des Nachtragshaushalts noch verstärkt werden können.

Der Ausschuß hat mich gebeten, dem Niedersächsischen Heimatbund, den angeschlossenen Verbänden und allen Mitarbeitern und Helfern für die geleistete Arbeit,

die die Anerkennung aller Ausschußmitglieder findet, recht herzlich zu danken. Dieser Bitte komme ich hiermit gern nach. Ich darf den Dank mit dem Wunsch verbinden, daß Sie Ihre Arbeit zum Wohle unseres Landes auch in Zukunft mit gleicher Intensität fortführen werden.

Mit den besten Wünschen für Ihre weitere Arbeit grüße ich Sie

mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Baumgarten."

Dieser Brief war mehr als eine liebenswürdige Deklamation, und darüber haben wir uns natürlich besonders gefreut. Im letzten Jahr haben wir uns, wie schon erwähnt, bitter darüber beklagt, welche geradezu winzigen Beträge das Land Niedersachsen für Naturschutz und Landschaftspflege, für Bau- und Bodendenkmalpflege, für Museen und ähnliches aufwendete. Das ist nun wirklich im Jahre 1973 geändert worden, wie wir mit Genugtuung feststellen.

Wir haben nun allen Anlaß, dem Landtag herzlich für das Verständnis und die sichtliche Wertschätzung zu danken, die er unseren Bestrebungen entgegenbringt. Begreiflicherweise verbinden wir damit aber auch die Bitte, die nun neu begonnene Linie fortzusetzen und im nächsten Jahr noch mehr zu tun. Bei solchen Mahnungen haben wir immer wieder ein gutes Gewissen, weil wir nichts für uns wollen, sondern alles nur für die Menschen im Lande Niedersachsen, für die „Qualität des Lebens“ in unserem Lande, um wieder einmal ein Modewort zu gebrauchen.

Eine Bemerkung zum geplanten Nord- oder Nordweststaat: Selbst wenn er käme, würde sich für unsere Arbeit kaum etwas ändern, aber wir können uns ein spöttisches Lächeln nicht verkneifen, wenn ein neues Flugzeug auf den Namen „Niedersachsen“ getauft, dabei aber gleichzeitig erklärt wird: „Der Nordstaat muß kommen, und die Stadt Hannover muß die Hauptstadt werden.“ Ein Zuhörer rief: „Dann tauft die Maschine doch gleich Nordstaat!“ Ein anderer murmelte: „Hannover will Hauptstadt für Hamburg werden? Wenn das man gut geht!“

Zur Verwaltungs- und Gebietsreform wiederholen wir unsere frühere Erklärung, daß wir sie als zweckmäßige Maßnahme bejahen, weil heute allerorten ausgebildete, sachkundige Kräfte notwendig sind. Bei der Abgrenzung neuer Gemeinden muß aber auf überlieferte Zusammengehörigkeit Rücksicht genommen werden, wenn der Begriff „Gemeinde“ nicht zur Karikatur werden soll. Wir beobachten aufmerksam die eingeleiteten und getroffenen Maßnahmen und behalten uns vor, sie zur Sprache zu bringen.

Was die Klosterkammer anbelangt, so hat es keine neue Schreckensnachricht gegeben, aber auch sonst haben wir nichts mehr über sie gehört. Der Herr Kultusminister hat letztes Jahr in Oldenburg gesagt, wir seien uns in den Zielen einig, das niedersächsische Fondswesen insgesamt zu verbessern. Die Landesregierung würde auch uns an der Erarbeitung einer befriedigenden Lösung beteiligen. Sicherlich dürfen wir annehmen, daß die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, wir aber beteiligt werden, sobald das geschehen ist.

Die Regierungspräsidenten als Nachfolger der Landdrosten im alten Königreich Hannover können jetzt auf eine 150jährige Tradition zurückblicken. Wir benutzen gern die Gelegenheit, diesen Behörden und namentlich ihren Chefs zu bestätigen, daß wir in ihnen fast ausnahmslos gute Freunde und wertvolle Verbündete schätzen. Sie stellen im Gefüge des Staates ein Moment der Stabilität dar, weitgehend unabhängig von den vielfältigen Zerrungen des Tages, mit einem klaren und klugen Blick auf das Ganze. Oft schon haben wir uns herüber und hinüber die Bälle zuwerfen und damit die gemeinsamen Ziele wirkungsvoll unterstützen können. Als sehr wohlthuend empfinden wir es auch, daß es bei den Regierungspräsidenten möglich ist, widerstreitende Vorstellungen verschiedener Ressorts zu koordinieren und Entscheidungen zu treffen, die allen Gesichtspunkten entsprechen. Der Regierungspräsident Lüneburg hat im übrigen anläßlich dieses Jubiläums eine kleine Schrift herausgebracht; sie ist die einzige Veröffentlichung darüber.

Nach diesen allgemeinen Dingen lassen Sie uns nun zu denjenigen Problemen kommen, die uns während der vergangenen zwölf Monate beschäftigt haben, und zu den Beiträgen für die

**Dank an den Landtag;
Bitte, künftig noch mehr
zu tun!**

Nordstaat

**Verwaltungs- und
Gebietsreform**

Klosterkammer

**Regierungspräsidenten -
ein Moment der Stabilität
im Gefüge des Staates**

Einzelne Probleme

Rote Mappe, die uns aus den Reihen unserer Mitglieder, Mitarbeiter und Freunde zugegangen sind. Zahl und Umfang dieser Beiträge waren größer denn je zuvor; wir müssen also eine noch strengere Auswahl treffen als früher und uns um eine ganz knappe Formulierung bemühen. Hinter den meisten Stichworten, die wir vortragen, steht eine Fülle von Einzelheiten, die wir jederzeit darlegen können, wenn es nötig ist oder gewünscht wird.

Der weitaus größte Teil der dicken Aktenordner, die sich bei uns angesammelt haben, betrifft auch in diesem Jahr wieder den Naturschutz und die Landschaftspflege, ein Zeichen dafür, wie brennend diese Dinge im Bewußtsein weiter Kreise der Gegenwart stehen. Innerhalb dieses Fachgebietes gibt es aber wiederum einen Teil, der einen ganzen vollen Aktenordner für sich beansprucht hat, nämlich die Wasserwirtschaft.

Wir haben in der letzten Roten Mappe Klage darüber geführt, daß immer noch landwirtschaftliche Nutzflächen geschaffen werden, obwohl die Landwirtschaft allgemein zurückgeht, daß Moore und Feuchtgebiete ausgetrocknet, Bach- und Flußläufe ausgebaut, also immer mehr natürliche Landschaftsteile zerstört werden. Unser leidenschaftlicher Appell hat zu gewissen heftigen Reaktionen geführt, aber er scheint uns nicht nutzlos gewesen zu sein. Zu unserer wirklichen Freude können wir erklären, daß sich die „Kriegslage“ inzwischen grundlegend gewandelt hat!

Der Niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Herr Klaus Peter Bruns, hat uns wörtlich geschrieben:

„In Anbetracht der wachsenden Überschüsse an Agrarprodukten innerhalb der EG stehen wir heute nicht mehr vor der Aufgabe, neue Produktionsreserven durch Melioration zu erschließen, sondern die Stilllegung von landwirtschaftlichen Nutzflächen ist das Gebot der Stunde. Die offizielle Politik unserer Landesregierung zielt nicht auf die Begräbigung der letzten Wiesenbäche, sondern auf ihre Erhaltung.

Ich bin mir aber von Anfang an bewußt gewesen, daß es eine Weile dauern würde, bis auch die letzte Dienststelle der staatlichen Verwaltung oder der Selbstverwaltung beim neuen Kurs mitziehen würde.“

Erfreut waren wir auch über eine Schrift der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, in der es wiederum wörtlich heißt:

„Daß der erforderliche Gewässerausbau sich heute unter weitgehender Berücksichtigung der Notwendigkeiten des Landschaftsschutzes und der Fernwirkung erforderlicher Eingriffe zu vollziehen hat, bedarf wohl keiner weiteren Diskussion mehr.

Zur Einbindung in die Landschaft sollte schon vor Beginn der Ausbaurarbeit ein Bepflanzungsplan durch erfahrene Sachverständige aufgestellt werden, der in seinen grundsätzlichen Forderungen möglichst schon im Planfeststellungsverfahren verbindlich erklärt wird.“

In unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen hat der Landwirtschaftsminister einen Runderlaß für den Ausbau von Gewässern herausgegeben, in dem es heißt, in jedem Fall sei zuerst zu prüfen, ob und inwieweit ein Ausbau überhaupt notwendig und unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte vertretbar sei. Richtig betriebener Gewässerausbau diene nicht nur der Wasserwirtschaft, er solle und müsse auch die Landschaft beleben. Lebensbedingungen für Tier und Pflanze seien zu fördern, dem Lebendverbau vor totem Verbau der Vorzug zu geben. Immer gehöre ein fachkundig aufgestellter Landschaftsplan dazu.

Naturschutz und Landschaftspflege, Wasserwirtschaft

Erfreulicher Brief des Landwirtschaftsministers

Ebenso erfreuliche Bekundungen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser

Guter Runderlaß in Nordrhein-Westfalen

Auch von den Regierungspräsidenten Hannover und Lüneburg stammt je eine Rundverfügung über die Berücksichtigung landespflegerischer Grundsätze bei Planung und Ausführung von wasserbaulichen Maßnahmen. Sie sollten nach Möglichkeit auch der Verbesserung des Naturhaushaltes, des Erholungswertes und der städtebaulichen Ordnung dienen. Rechtzeitige Beteiligung der Naturschutzbehörden schon während der Planaufstellung wird verlangt.

Gute Rundverfügung der Regierungspräsidenten Hannover und Lüneburg

Zusammenfassend kann man sagen: Endlich setzt sich die Erkenntnis durch,

Zusammenfassung

1. daß objektiver geprüft werden muß, ob überhaupt auszubauen ist,
2. wie das zu geschehen hat,
3. daß der Fachmann der Landschaftspflege schon am Beginn der Planung zu beteiligen ist.

Bisher hat man ihn, wenn überhaupt, oft nur für nachträgliche „Dekoration“ herangezogen, sozusagen für die „Petersilie an die Suppe“.

Wir schwimmen mit unseren jahrelang vorgetragenen Forderungen also plötzlich in einem Meer des allgemeinen Einverständnisses und sind natürlich erfreut und erleichtert darüber. Es kommt aber hinzu, daß wir inzwischen auch ganz handfeste Beweise für den neuen Kurs erhalten haben. Im Renzeler Moor zwischen Diepholz und Sulingen sollten wieder einmal wertvollste Flächen entwässert und damit zerstört werden. Außer uns haben mehrere Organisationen des Naturschutzes heftig dagegen protestiert, u. a. der Internationale Rat für Vogelschutz. Sie, Herr Minister Bruns, haben daraufhin einen Ortstermin anberaumt, bei dem der Fall von allen Seiten durchgesprochen wurde.

Renzeler Moor

Am Ende der Besichtigung versprochen Sie eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Wasserwirtschaft und des Naturschutzes und entschieden den konkreten Fall so, daß auch vom Naturschutz keine Einwendungen mehr erhoben werden konnten. Insbesondere sollten die wichtigsten Flächen vom Lande gekauft und damit sichergestellt werden. Ganz neue Meldungen besagen nun aber, diese Entscheidungen würden doch nicht befolgt, die Entwässerung ginge weiter. Wir haben daraufhin wieder Einspruch erhoben; ein neuer Ortstermin soll angesetzt werden.

Ein weiterer „Testfall“ ergab sich beim Großen Meer in Ostfriesland, für dessen Bewahrung sich u. a. Herr Regierungspräsident Beutz in Aurich jahrelang in scharfen Kontroversen eingesetzt hat. Herr Minister Bruns entschied an Ort und Stelle, die wesentlichen Ländereien sollten den Landwirten abgekauft oder gegen fruchtbares Domänenland ausgetauscht werden. Nach dem uns zugegangenen Bericht hat er weiter erklärt, er könne gar nicht anders handeln, als dem Begehren des Naturschutzes nachzugeben. Auch das Renzeler Moor erwähnte er im gleichen Zusammenhang und fügte hinzu, „der Niedersächsische Heimatbund mit seinem Dr. Röhrig paßt höllisch auf!“

Großes Meer in Ostfriesland

Noch eine dritte Maßnahme der Wasserwirtschaft haben Sie, Herr Minister Bruns, an Ort und Stelle in Anwesenheit aller Beteiligten besichtigt, nämlich die vielumstrittene Kleine Aller. Sie entschieden, gewisse Teile sollten nicht ausgebaut werden, für andere sei durch Gutachten zu klären, wie ein Ausbau erfolgen könne, ohne der natürlichen Landschaft Schaden zuzufügen. Über die weiteren Wasserläufe des Gebietes könne erst dann eine Entscheidung fallen, wenn ein Landschaftsplan erstellt worden sei.

Kleine Aller

Wir können nun unmöglich die ganze Fülle der einzelnen Moore, Feuchtgebiete und Wasserläufe hier anführen, mit denen wir uns sonst noch befaßt haben oder über die uns Meldungen zugegangen sind. Deshalb haben wir dem zuständigen Referenten im Landwirtschaftsministerium einen zusammenfassenden Schriftsatz mit der Bitte übergeben, sich dieser Fälle anzunehmen. Nach Klärung der Einzelheiten werden die nötigen Verhandlungen folgen.

Zusammenfassender Schriftsatz

Einige Punkte möchten wir aber noch besonders ansprechen: Wasserwirtschaft und Landespflege müßten sich mehr darüber einigen, wie man einen Wasserlauf ausbauen soll, wenn es überhaupt nötig ist. Die Landespflege schlägt immer wieder einen

Probestrecken für Wasserbau

natürlichen Ausbau vor; dann würde das Wasser sich selbst reinigen, und man brauchte für die Unterhaltung nur geringe Kosten aufzuwenden. Der Wasserbau lehnt das regelmäßig ab, weil Stabilität und Unterhaltung leiden würden. Beide Seiten können ihre Argumente größtenteils nicht durch Beispiele belegen, deshalb sollten Probestrecken angelegt werden. Seit Jahren wird eine solche an der oberen Aller geplant; wir hören gern, daß sie 1974 nun wirklich gebaut werden soll. Das aber darf kein Einzelfall bleiben; beide Verwaltungen müssen in enger Zusammenarbeit auch an kleineren Wasserläufen solche Probestrecken entwickeln.

Sorge bereiten uns immer wieder die Oberharzer Teiche und Gräben, mit denen wir uns schon oft befaßt haben. Das Land Niedersachsen hat etwa ein Drittel dieser Anlagen von der PREUSSAG übernommen und läßt sie nun durch die Landesforstverwaltung betreuen. Ende 1975 will das Land nun auch das System des Dammgrabens übernehmen, und damit besteht die Gefahr einer rein wirtschaftlichen Nutzung. Möge man auch in Zukunft nicht nur an die Trinkwasserversorgung denken, sondern auch an die hier so besonders wertvolle Eigenart der Landschaft, zugleich an den Fremdenverkehr. Diese in vier Jahrhunderten geschaffenen Anlagen sind ein bergmännisches und wasserwirtschaftliches Kulturdenkmal einziger Art, das man auf keinen Fall aufgeben darf!

Im Teufelsmoor in der Nähe von Worpsswede ist, wie sich eine Zeitung ausdrückte, neuerdings „der Teufel los“, und auch Sie, Herr Minister Bruns, äußerten, Sie kämen sich schon wie der Teufel vor. In dieser stillen, bisher nur extensiv genutzten, damit allerdings wirtschaftlich auch problematischen Landschaft soll nach gewissen Plänen ein großer Freizeitpark entstehen, und dagegen gibt es erhebliche Einwendungen. Wir möchten uns vorerst nur dahin aussprechen, daß die als Naturschutzgebiete ausgewiesenen Feuchtzonen auf jeden Fall erhalten bleiben müssen, z. B. das Breite Wasser. Nach Möglichkeit sollten sie sogar verbessert und erweitert werden.

Dann zwei Probleme an der Küste, eines unter dem Stichwort Nordkehdingen. Dort wird ein nahezu unberührtes, 5000 ha großes, von der Elbe hin und wieder überschwemmtes Grünland mit vorgelagertem Watt, ein außerordentlich interessantes Vogelschutzgebiet, nun voll eingedeicht. Die landwirtschaftlichen Flächen werden schon jetzt genutzt und sollen nur um einiges verbessert werden; steht das wirklich im richtigen Verhältnis zu den Deichbaukosten? Es wäre wahrscheinlich billiger gewesen, die Siedlungen durch Erhöhung des alten Winterdeichs vor Hochwasser zu schützen. Nun ist aber der Deich schon im Bau; immerhin soll auf dem verbleibenden sehr schmalen Vordeichsgelände ein Naturschutzgebiet vorgesehen und das vorgelagerte Watt erhalten werden. Unter keinen Umständen dürfte es dazu dienen, Spülgut aus der Vertiefung der Elbe aufzunehmen; damit wäre sonst das letzte Flußwatt im norddeutschen Raum und weit darüber hinaus zerstört.

Sehr erfreulich ist die im vorigen Jahre erfolgte Gründung einer Schutzgemeinschaft Nordseeküste; sie wird sich zweifellos auch dieser Sache annehmen.

Schließlich ergibt sich beim Dollart eine neue Sorge: Die niederländische Regierung hat die Absicht, den Außengroden einzudeichen und die Entwässerung des dahinterliegenden Landes durch einen Kanal vorzunehmen. Das würde wieder einmal eine bittere Veränderung der Tier- und Pflanzenwelt dieses wertvollen Gebietes bedeuten; man sollte auch dort auf die Eindeichung verzichten und das Binnenland durch Schöpfwerke entwässern. Wir haben an die niederländischen Behörden entsprechend geschrieben, bisher aber noch keine Antwort erhalten.

Im Jadebusen, einem wichtigen Naturschutzgebiet und Europareservat für Wasser- und Wattvögel, ist erfreulicherweise jetzt jede Jagd verboten. Für dieses Gebiet und mehrere Inseln vor der Küste besteht aber große Sorge im Hinblick auf das Abwasser der dort immer mächtiger werdenden chemischen Industrie. Eine aufmerksame biologische Kontrolle ist unbedingt nötig.

Nach der für uns so wichtigen Wasserwirtschaft lassen Sie uns nun zu den allgemeinen Fragen des Naturschutzes und der Landschaftspflege übergehen. Auch da können wir gleich mit einer erfreulichen Feststellung beginnen, daß nämlich die geradezu katastrophale Kürzung der Landesmittel im Jahre 1972 für dieses Jahr aufgehoben worden ist. Wurden sie damals von einer einzigen Million auf ganze 100 000 DM verringert, so sind sie

Oberharzer Teiche und Gräben

Teufelsmoor - Freizeitpark?

Nordkehdingen - Deichbau sinnvoll?

Schutzgemeinschaft Nordsee- küste

Dollart, niederländische Deichpläne

Jadebusen

Landesmittel für Naturschutz und Landschaftspflege

inzwischen für 1973 auf mehr als eine Million festgesetzt worden. Wahrscheinlich können wir unserer Roten Mappe ein Stück Verdienst daran zuschreiben.

Wir verweisen aber auf das inzwischen veröffentlichte Landesentwicklungsprogramm, das für die Jahre 1974 bis 1978 insgesamt 40 Millionen für Landespflege vorsieht. Das sind pro Jahr 8 Millionen; der Anschluß müßte also schon im nächsten Jahre gefunden werden. Auf jeden Fall sehen wir mit Freude, daß sich einige düstere Wolken verzogen haben.

Es gibt sogar noch mehr Lichtblicke: Der Wirtschafts- und der Kultusminister haben einen gemeinsamen Erlass über Behandlung und Neugestaltung des Straßengrüns herausgegeben. Hoffentlich werden die verantwortlichen Ämter ihn auch entsprechend anwenden. Selbst der von uns immer wieder bekämpfte Gebrauch chemischer Mittel zur Niederhaltung von Pflanzenwuchs an den Straßenrändern ist erheblich zurückgegangen; in diesem Sinne sollte weiter verfahren werden, auch von Kreisverwaltungen und Gemeinden, Bundesbahn und Wasserbehörden.

Wir begrüßen auch die Bestrebungen, die vom Novemberorkan an den Straßenrändern verursachten Schäden zu beheben, neue Gehölze zu pflanzen und dabei vor allem landschaftspflegerische und -gestalterische Gesichtspunkte vor solche der Holznutzung zu stellen.

Andererseits mahnen wir aber auch, Sand- und Kiesgruben für Straßenbauten nicht zu nahe an die Verkehrswege zu legen, vor allem dann nicht, wenn Wasserflächen entstehen, die sich gut für Erholungszwecke gestalten lassen. Als schlechte Beispiele sind leider zu nennen: Oldenstadt bei Uelzen, Kirchhorst, Godshorn und der Messestutzen bei Hannover. Sie ließen sich beliebig vermehren.

Aber immer noch haben wir mehr Ursache zur Freude: Am 1. Januar nächsten Jahres tritt ein Beschluß der Landesregierung in Kraft, der die Flurbereinigung und den Straßenbau in die Behörde der Regierungspräsidenten eingliedert. Dadurch wird die Koordination mit dem Naturschutz wesentlich erleichtert.

Wir sind weiter froh darüber, daß nun auch der Regierungspräsident in Osnabrück die Stelle eines Landespflegers bekommen hat. Mit Organisationsmaßnahmen haben wir auf diesem Sachgebiet nun keine Sorge mehr, wünschen uns aber eine bessere personelle Ausstattung dieser Dezernate, damit sie arbeitsfähig sind. Jeder der künftig vier Dezernenten braucht unbedingt mindestens einen fachlichen Sachbearbeiter.

Selbst damit ist die Liste unserer erfreulichen Beobachtungen noch nicht zu Ende: Die ehrenamtlichen Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege waren gefährdet; es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn man neben dem behördlichen auf das ehrenamtliche Element verzichtet hätte. Es ist schön, daß sie geblieben sind, aber sie müßten nun auch weiterhin in den Landesplanungsbeiräten der Bezirke vertreten bleiben.

Noch ein weiterer Grund zur Freude und Anerkennung, es ist fast wie bei einer Weihachtsbescherung: Die Zahl der Landkreise wächst, die eigene Fachkräfte für Landschaftspflege einsetzen. In den neuen Großkreisen müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, diese Dinge hauptamtlich zu betreiben; aus einigen erreicht uns der dringende Wunsch danach.

Das von uns bisher so genannte „Kiesgrubengesetz“ trägt jetzt die amtliche Bezeichnung „Bodenabbaugesetz“. Nach unserem Vorbild haben inzwischen Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen ähnliche Gesetze erlassen; wenn wir bedenken, daß die Initiative ursprünglich bei uns in den Arbeitskreisen des Niedersächsischen Heimatbundes gelegen hat, so erfüllt uns das mit einigem Stolz. Verwaltung und Justiz müßten nun aber auch an einem Strang ziehen, um die Beachtung dieses Gesetzes zu erreichen. Es wäre unerträglich, wenn Verwaltungsbehörden Bußbescheide erlassen, die dann von den Gerichten herabgesetzt werden!

Im Entwurf eines Bundesgesetzes für Naturschutz und Landschaftspflege gibt es aber leider noch nicht jene Bestimmung, die von vielen Vereinigungen gefordert wird, nämlich das Klagerecht anerkannter Verbände gegen bestimmte Maßnahmen von Behörden.

Viel größere Mittel nach dem Landesentwicklungsprogramm

Erlaß über Straßengrün

Sand- und Kiesgruben an Verkehrswegen

Flurbereinigung und Straßenbau beim Regierungspräsidenten

Landespfleger beim Regierungspräsidenten Osnabrück

Die ehrenamtlichen Bezirksbeauftragten

Eigene Fachkräfte bei den Landkreisen

Bodenabbaugesetz

Bundesgesetz für Naturschutz und Landschaftspflege

Wir schließen uns diesen Forderungen mit allem Nachdruck an.

Das Niedersächsische Innenministerium hat vor einigen Monaten eine Naturschutzkarte herausgegeben, die mit einem Blick erkennen läßt, daß die Schutzgebiete in Niedersachsen sehr ungleich verteilt sind. Schwerpunkte sind der südliche Teil unseres Landes und die Lüneburger Heide, sehr schwach dagegen der Regierungsbezirk Stade und das Emsland. Als Ausnahme ist im Bezirk Stade der Landkreis Bremervörde lobend hervorzuheben, weil er in erheblichem Umfang Schutzgebiete ausgewiesen hat. Wir halten es für dringend nötig, das auszudehnen; auch im Emsland müßten die wertvollen Landschaftsteile nun unbedingt unter Schutz gestellt werden.

Eine erfreuliche Maßnahme ist die Gründung des Naturparks **Weserbergland**, in dem auch unser Tagungsort **Bad Pyrmont** liegt.

Die Gefährdung des Naturschutzgebietes **Hainholz und Beierstein** in der Nähe von Osterode am Harz durch Gipsabbau haben wir im letzten Jahr ganz besonders gegeißelt. Das Gipswerk gibt nicht auf, sondern klagt weiterhin; die Landesregierung hat entschieden, das Gebiet sei nicht freizugeben, eine lobenswerte Entscheidung. Nun können wir nur auf ein günstiges Gerichtsurteil hoffen.

In einem anderen Falle haben wir schon ein günstiges Urteil von bundesweiter Bedeutung, das sich auch auf das **Hainholz** auswirken sollte, nämlich beim **Bissendorfer Moor**. Es ist eines der wenigen noch lebenden, wissenschaftlich bedeutsamen Hochmoore im niedersächsischen Flachland, für Forschung und Lehre außerordentlich wichtig. Nach einem 13 Jahre andauernden Rechtsstreit hat das Obergericht Lüneburg die Klage eines Torfwerkes gegen die Ablehnung des Torfabbaus durch die Naturschutzbehörde zurückgewiesen. Wir danken dem Regierungspräsidenten in Lüneburg und dem Großraum Hannover dafür, daß sie gegenüber diesem harten Druck durchgehalten haben.

Im Landkreis **Harburg** sind durch den neuen Rangierbahnhof **Maschen** zwei Baggerseen entstanden; der Landkreis hat einen gekauft und will ihn als Erholungsgebiet herrichten. Das ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit verschiedener Behörden, hier vor allem mit der Bundesbahn, das Schule machen sollte. Auch den zweiten See will der Landkreis zum gleichen Zweck kaufen - ein erfreuliches Vorhaben.

Um den **Seeburger See** im Landkreis **Göttingen** hatten wir im letzten Jahre Sorge; inzwischen hat der Regierungspräsident **Hildesheim** den ganzen See einschließlich seines unmittelbaren Ufergeländes einstweilen zum Naturschutzgebiet erklärt; das Verfahren zur endgültigen Schutzverordnung läuft.

Zum **Dahlemer See** im **Elbe-Weser-Dreieck** haben wir uns im vorigen Jahre geäußert, dort dürfe auf keinen Fall das von der Gemeinde **Neuenwalde** geplante „Ferienhausgebiet **Bornmoor**“ zugelassen werden. Zu unserer lebhaften Genugtuung hören wir nunmehr vom Regierungspräsidenten **Stade**, er habe den von der Gemeinde vorgelegten Bebauungsplan ungenehmigt zurückgegeben.

In einem Falle freuen wir uns, eine Berichtigung melden zu können. Den **Springhorstsee** im Landkreis **Burgdorf** haben wir im letzten Jahre scharf angegriffen, uns inzwischen aber davon überzeugen können, daß eine vorbildliche Ordnung hergestellt worden ist. Nur außerhalb dieses Plangebietes stehen noch ungenehmigte Zelte, Wohnwagen und Buden, deren Beseitigung der Landkreis betreibt.

Nun aber wirklich Ende der erfreulichen Nachrichten mit einer letzten: Hier in der Nähe von **Bad Pyrmont** gibt es in **Westerbrak** einen schönen und seltenen Garten aus dem 17. Jahrhundert. Wir haben uns mehrere Jahre hindurch gegen die Absicht geäußert, ihn durch Verlegung einer Kreisstraße zu zerstören. Das ist nicht geschehen, und wir dürfen jetzt sicherlich annehmen, daß die Gefahr abgewendet worden ist. Jedenfalls hoffen und wünschen wir das ganz dringend!

Dann aber gibt es nun noch eine ganze Reihe von problematischen Punkten, die wir zur Sprache bringen müssen:

Naturschutzkarte

Naturpark Weserbergland

Hainholz und Beierstein

Bissendorfer Moor, wichtiges Urteil

Rangierbahnhof Maschen

Seeburger See

Dahlemer See

Springhorstsee

Wertvoller Garten in Westerbrak

Unser Land ist im November vorigen Jahres von einer schrecklichen Sturmkatastrophe betroffen worden, über deren Ausmaß wir kein Wort zu verlieren brauchen. Einstweilen ist immer noch die Aufräumung im Gange, aber dann kommt es darauf an, diese bittere Gelegenheit zu nutzen, um einen besseren Wald als früher zu schaffen, insbesondere seine Bedeutung für die Gesamtheit des Volkes zu beachten, die sogenannte Sozialfunktion. Je nach Standort müßten möglichst natürliche Laubwaldbestände gepflanzt werden. Durchaus positive Versicherungen hören wir aus der Forstverwaltung, doch dringen auch zweifelnde und kritische Stimmen zu uns. Die Ähnlichkeit der Situation mit den im Kriege zerstörten Städten drängt sich auf; auch dort hatte man die Möglichkeit, Neues und Besseres zu schaffen, aber nicht immer ist es gelungen. Möge nun aber der Wald besser werden, als er früher vielfach war!

**Den verwüsteten Wald
besser als früher erneuern**

Die militärischen Anforderungen des Nato-Bündnisses belasten Niedersachsen mehr als alle übrigen Länder der Bundesrepublik. Ausbildung und Manöver verursachen Lärm und bringen vielerlei Gefahren mit sich, die uns immer wieder große Sorgen bereiten. Wiederholt haben wir auf die bösen Zerstörungen im Raum Soltau-Lüneburg und dort besonders im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide durch die britischen Panzer hingewiesen. Mit den heutigen Maßstäben der Raumordnung, des Umwelt- und Naturschutzes ist das einfach nicht länger zu vereinbaren.

**Gegen übermäßige militärische
Anforderungen**

Wir unterstützen mit allem Nachdruck die Bemühungen des Innenministers, Wohn- und Erholungsgebiete von militärischer Nutzung freizumachen. Verteidigungsforderungen mögen mit dem Wunsch nach einem vernünftigen Leben in Einklang gebracht werden!

Im Raum um das Steinhuder Meer stellen wir die Frage, wie es mit den geplanten Hochhäusern in Mardorf und dem Feriencenter Esperke am Blanken Flat steht. Mit aller Härte aber müssen wir uns wieder gegen die erstrebte Anlage eines Flugplatzes bei Mardorf wenden; über diesen Einzelfall hinaus darf man wohl überhaupt zweifeln, ob es verantwortet werden kann, daß einige wenige Leute mit ihren Flugzeugen Motorenkrach in den letzten ruhigen Winkel unseres Landes bringen dürfen. Das wird von Jahr zu Jahr schlimmer und müßte unbedingt eingedämmt werden; unter gar keinen Umständen darf aber an einem so wichtigen Erholungsgebiet wie dem Steinhuder Meer eine solche Lärmquelle entstehen.

Steinhuder Meer

Gegen Flugplatz bei Mardorf

Beim Dümmer, dem anderen Binnensee, hat Herr Minister Bruns am Tage des Umweltschutzes die Kläranlage in Lembruch in Betrieb gesetzt und am gleichen Tage auch Herr Staatssekretär Dr. Zill in Mardorf. Beide Orte belasten also die Seen nicht mehr mit ihrem Abwasser. Das Badeverbot für den Dümmer konnte aber noch nicht wieder aufgehoben werden; dazu sind noch die Kläranlagen mehrerer Orte nötig.

Dümmer

Eine Lärmquelle wäre auch das Motodrom des ADAC. An den Harz denkt der Klub glücklicherweise nicht mehr, doch hat er jetzt ein Gelände bei Bispingen in der Nähe des Naturschutzparkes Lüneburger Heide gekauft. Der Wirtschaftsminister hat uns geschrieben, irgendwelche öffentlichen Mittel würden dafür nicht zur Verfügung gestellt, auch nicht für Folgeeinrichtungen, wie Straßen, Parkplätze und dergleichen. Möglicherweise wird das aber den ADAC nicht abschrecken. Der Regierungspräsident Lüneburg teilt uns mit, er werde eingehend prüfen, ob das Vorhaben an dieser Stelle mit den Zielen der Raumordnung und der Landschaftspflege vereinbar sei und insbesondere den Belangen der Erholung und des Landschaftsschutzes ausreichend Rechnung trage. Ganz allgemein sehen wir mit Sorge, wie sich in freien Landschaftsteilen immer mehr fremdartige Anlagen breitmachen, z. B. auch Safariparks.

Motodrom

Eine besonders unerfreuliche Methode ist es neuerdings, in interessanten und anziehenden Landschaftsräumen private Teiche anzulegen, um sie für die Freizeit zu benutzen. Ein krasses Beispiel dafür gibt es im Großen Moor bei Gifhorn; dort ist im unmittelbaren Bereich des wichtigsten Birkhuhnvorkommens im nördlichen Niedersachsen eine Serie von Teichen mit Zäunen, Bretterbuden, Gartenanlagen, Befestigungen usw. entstanden. Das spricht jeder geordneten Landschaftsentwicklung hohn.

Gegen private Teiche

Leider hat die dortige Gemeinde Stüde nicht erkannt, welche Verantwortung ihr mit der Planungshoheit nach dem Bundesbaugesetz übertragen worden ist. Der Regierungspräsident Lüneburg hat im Flächennutzungsplan das gesamte illegale Teich- und Wochenendgebiet als nicht genehmigungsfähig gestrichen.

Gemeinde Stüde

Ein weiterer unverantwortlicher Eingriff ist die Anlage von 15 Fischteichen im Landschaftsschutzgebiet „Garlstorfer Moor“ im Landkreis Harburg. Mit erheblichem maschinellem Aufwand sind dort Bachläufe und Quellgebiete vernichtet, der Bruchwald durch Anstau stark gefährdet worden. Die Teiche hat man durch Stacheldraht eingezäunt und mit Holzhäuschen bestückt, alles ohne Genehmigung. Da es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handelt, hat hier offenbar der Landkreis versagt.

Neuerdings unterliegen solche Teiche nach der Landesbauordnung einem regelrechten Genehmigungsverfahren, auch wenn kein eigentliches Bauwerk damit verbunden ist.

Auch sonst wird immer wieder versucht, Gelände zu parzellieren, an zahlungsfähige Interessenten abzugeben und dadurch wichtige Erholungsgebiete dem öffentlichen Zutritt zu entziehen. Das Oberlandesgericht Celle hat in einem bedeutsamen Beschluß vom 6. 11. 1972 den zuständigen Behörden die Möglichkeit bestätigt, einen solchen Ausverkauf zu verhindern. Das sollte ganz allgemein beachtet werden.

Ein Erholungsraum am Rande der Stadt Hannover wird seit vielen Jahren geplant, kommt aber durchaus nicht weiter, nämlich die südliche Leineau. Die Gemeinde Hemmingen-Westerfeld hat einen guten Anfang gemacht, doch sind große Teile des Geländes noch ganz ungeordnet. Es gibt jetzt endlich eine zwischen den zuständigen Behörden abgestimmte Planung, die hoffentlich bald Wirklichkeit wird. Wenigstens einige kleinere Maßnahmen sollte man schon jetzt treffen, etwa neue Fußwege anlegen und Gehölze pflanzen.

Die Vogelkundler des Landes sind unverändert in Sorge um Saatkrähe und Graureiher. Namentlich bei der Saatkrähe geht, wie man uns schreibt, die brutale Vernichtung weiter, es sind nur noch geringe Reste vorhanden, eine ausgesprochene Kulturschande. Der Landwirtschaftsminister hat ein zunächst auf fünf Jahre befristetes Abschußverbot für Graureiher in gewissen Bezirken erlassen; es sollte auf ganz Niedersachsen ausgedehnt werden. Im Regierungsbezirk Hannover sind alle Brutkolonien dieses schönen Vogels unter Naturschutz gestellt worden.

Auch für eine seltene Pflanze besteht Sorge, nämlich die Kalmia im Altwarmbüchener Moor bei Hannover, auch Moorrose genannt. Gerade in diesem Naturschutzgebiet soll der Anschluß des Messeschnellweges an die Autobahn gebaut werden. Warum geschieht das nicht einige Meter abseits auf einem Boden, der dort nahezu wertlos ist?

Mit dem Großen Knechtsand in der Wesermündung haben wir uns schon jahrelang befaßt; gegen irgendwelche Gedanken, ihn wieder zum Bombenabwurfgebiet zu machen, wehren wir uns mit aller Schärfe und sind uns darin einig mit weitesten Kreisen der Bevölkerung. Es handelt sich hier um eine ganz grundsätzliche Frage, deren wirklichen Sprengstoff alle Verantwortlichen sehen sollten!

Der Staat hat diesen Sand unter Naturschutz gestellt, aber er tut leider nichts für die Beachtung dieses Schutzes. Es gibt dort einen von Jahr zu Jahr steigenden Besucherverkehr mit immer zahlreicher werdenden privaten Booten. Es müßten geeignete Maßnahmen getroffen werden, um das zu verhindern, vor allem durch die Wasserschutzpolizei.

An anderen Stellen der Küste aber wünscht man sich im Gegenteil mehr Freiheit für Besucher, d. h. freien Zugang zum Wasser. In manchen Badeorten an der Nordsee ist das Betreten des Deiches erst nach Zahlung eines Eintrittsgeldes gestattet; das ist nicht gerechtfertigt. Deiche sind wie Straßen mit öffentlichen Mitteln errichtet worden, dienen der Allgemeinheit und sind nicht dazu da, den Kurverwaltungen besondere Einnahmen zu verschaffen. Auch Industriewerke an der Küste sollten Wanderwege am Deich und am Strand offenhalten!

Ein ganz böses Kapitel ist dann weiterhin die Umweltverschmutzung durch menschliche und tierische Ausscheidungen. Gezielte Meldungen liegen uns aus Diepholz vor, wo die Kapazität der Kläranlage offensichtlich bei weitem überschritten ist. Neben völlig ungereinigten Fäkalien wird hochgradig lebensfeindliches Chemieabwasser in den Fluß geleitet. Die aus Sickergruben herausgepumpte menschliche Jauche wird mit Tankfahrzeugen zum Müllplatz gefahren. Diepholz ist aber nur ein Beispiel, für das man uns zufällig Einzelheiten mitgeteilt hat; ähnliche gibt es in zahllosen Fällen. Man sollte den Gewässerausbau verringern, dafür aber mehr Mittel für Abwasserklärung aufbringen!

Landkreis Harburg

Gegen Ausverkauf der Landschaft

Südliche Leineau herrichten!

Schutz für Saatkrähe und Graureiher

Schutz für die Kalmia

Den Großen Knechtsand ungestört erhalten!

Freier Zugang zum Wasser

Böse Meldungen aus Diepholz

Zu den Ausscheidungen der Massentierhaltung im Landkreis Vechta haben wir uns im vorigen Jahr kritisch geäußert, und das hat dann einigen Wirbel verursacht. Der Jahresbericht der Oldenburg-Stiftung 1972 billigt zwar „das Pauschalurteil der Roten Mappe nicht in vollem Umfang“, erklärt aber, die bisherigen Maßnahmen reichten nicht aus, um die sich stellenden Aufgaben auch nur einigermaßen erträglich zu lösen. Die Gefahren dieses immer schwieriger werdenden Problems seien mit allem Nachdruck zu betonen, zumal sich die Umstellung auf Massentierhaltung fortsetze. Es sollten Forschungen durchgeführt werden!

Massentierhaltung im Landkreis Vechta

Der Oberkreisdirektor in Vechta hat uns als Beitrag zur Roten Mappe einen Tätigkeitsbericht geschickt, darin aber die „Gülle“ nicht erwähnt. Zeitungs- und private Meldungen unterstreichen die Unerträglichkeit der Zustände. Wir haben nicht den Eindruck, daß wir etwas zurücknehmen müssen.

Mit ganz besonderer Sorge erfüllt uns begreiflicherweise auch die steigende Zahl von Kernkraftwerken. Im Falle Würiggassen hat man uns immer wieder versichert, es könne überhaupt nichts passieren, aber dann mußte das Werk gleich zweimal für mehrere Monate stillgelegt werden. Jetzt soll hier ganz in der Nähe bei Grohnde an der Weser ein noch sehr viel größeres Kraftwerk entstehen, in einer besonders schönen Landschaft und auf bestem Boden. Die Zeitungen berichten, ein ganzer Kranz von Kernkraftwerken in Niedersachsen werde geplant.

Kernkraftwerke

Wir werden von vielen Seiten massiv gedrängt, uns den zahlreichen Protesten anzuschließen, ziehen es unter Abwägung aller Gesichtspunkte aber doch vor, einstweilen nur in dieser Form zu warnen. Hoffentlich muß die Menschheit nicht eines Tages den blinden Glauben an das wirtschaftliche Wachstum sehr teuer bezahlen.

Damit verlassen wir unser umfangreichstes Arbeitsgebiet, nämlich den Naturschutz und die Landschaftspflege, und wenden uns zwei anderen Fachgebieten zu, die in den Bereich der gebauten oder sonst vom Menschen gestalteten Umwelt gehören. Auch sie sind wichtig und für die Zukunft bedeutsam, ganz besonders in einer Zeit, die in Stadt und Land ein solches Übermaß an fabrikmäßiger Fließbandarbeit hervorbringt, ohne Seele und ohne jede wirkliche Eigenart. Wir sprechen von der Bau- und Bodendenkmalpflege.

Bau- und Bodendenkmalpflege

Bei beiden gibt es zunächst einen Gegensatz: Die Landesmittel für Baudenkmalpflege sind erfreulicherweise in diesem Jahre heraufgesetzt worden, nicht aber diejenigen für ur- und frühgeschichtliche Denkmalpflege; sie ist offenbar nach wie vor ein Stiefkind des Landes Niedersachsen. Die Prähistoriker sind froh, wenigstens die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Lottomittel zu haben, sonst müßten sie ganz einfach verdursten.

Landesmittel

Für beide Gebiete der Denkmalpflege ist die Organisation eine wichtige Voraussetzung für eine wirksame Tätigkeit der Behörden. Der Herr Kultusminister hat letztes Jahr in Oldenburg gesagt, die Neuorganisation solle nicht etwa die Zerschlagung und Schwächung der bisher auf diesem Gebiet tätigen Institutionen bewirken, sondern im Gegenteil ihre Stärkung und eine größere Effizienz. Mit Befriedigung haben wir inzwischen vernommen, daß in Hannover ein leistungsfähiges Fachdezernat erhalten bleiben und die Denkmalpflege auch im Kultusministerium personell verstärkt werden soll. Dies erfordert aber dort und bei den Bezirksregierungen die Ausstattung mit erheblich mehr zusätzlichem Fachpersonal, zumal die Probleme der Bau- und Bodendenkmalpflege ständig an Gewicht gewinnen. Wir hoffen, daß die dringend notwendigen Personal- und Sachmittel vom Landtag für 1974 bereitgestellt werden.

Organisation

Niedersachsen hat nun auch als letztes aller Bundesländer nach sechsjähriger Beratungszeit die Landesbauordnung erlassen, sicherlich eines der wichtigsten Gesetze dieser Legislaturperiode. Die darin enthaltenen Schutzvorschriften für Baudenkmale werden von uns mit Nachdruck begrüßt. Das von uns immer wieder geforderte Gesetz zum Schutz von Bau-, Kunst- und Bodendenkmalen ist dadurch aber nicht überflüssig geworden. Die Landesbauordnung wird zwar den Abbruch von Baudenkmalen erschweren und hoffentlich auch deren Umgebung günstig beeinflussen. Für ihre wirksame Anwendung gilt aber das gleiche wie für

Landesbauordnung, noch kein Denkmalschutzgesetz

ein Denkmalschutzgesetz: Wenn für die Erhaltung nicht sehr viel mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden als bisher, fallen historische Gebäude weiter der Spitzhacke zum Opfer, weil sie für die Eigentümer eine untragbare Last darstellen. Bis aus dem Spielbankengesetz Mittel für die Denkmalpflege fließen, ist es für viele Bauten zu spät.

Die Bodendenkmalpflege wird weder im Bodenabbaugesetz noch in der Landesbauordnung erwähnt; für sie wäre das schmerzlich vermißte Denkmalschutzgesetz also besonders wichtig.

Eine gewisse Hoffnung ist das Europäische Jahr des Denkmalschutzes 1975, das vom Europarat verkündet wird. Das Europäische Jahr des Naturschutzes 1970 hat gute Wirkungen gebracht, und wir sind überzeugt, daß es beim Denkmalschutz ebenso sein wird. Auch in Niedersachsen müssen alle Beteiligten, also Staat, Kirche, Kommunen, Privateigentümer usw., mit Nachdruck auf den Wert von Baudenkmalen hingewiesen werden. Am wichtigsten scheint uns der Schutz der Stadtkerne und ganzer Stadtteile zu sein.

Es darf in der Stadtmitte nicht nur noch banale Betonklötze geben, die in aller Welt gleich aussehen, in San Franzisko wie in Paris, in Hamburg wie in Tunis. Die Verdrängung von Wohnungen nach draußen muß verhindert, die dem Menschenmaß nach Schrittlänge und Gesichtskreis angepaßten Proportionen dürfen nicht durch Verkehrsanlagen zerstört werden. Auch der Großstädter braucht eine Heimat inmitten seiner Stadt.

Schlimm sieht es vielfach aus mit Kaufhäusern und Großgaragen, die immer mehr in den Kern unserer alten Städte drängen. Die historischen Stadtkörper sind aber nicht dazu geeignet, Bauten eines solchen Umfanges aufzunehmen. Organische Zusammenhänge werden gefährdet, auch durch verstärkten Autoverkehr, dem die Straßenprofile nun einmal nicht gewachsen sind. Viele Ratsvertreter werden schwach, sie wollen Gewerbesteuerzahler gewinnen und sie nicht durch Auflagen verprellen.

Zu loben ist aber die Stadt Wolfenbüttel, wo es nach hartnäckigen Verhandlungen gelungen ist, einen guten Entwurf vorzubereiten, der an der Nahtstelle zwischen Schloßplatz und Altstadt verwirklicht werden soll.

Eine erfreuliche Verfügung hat auch der Regierungspräsident Lüneburg herausgegeben und die Erhaltung von Baudenkmalen wegen ihres historischen, künstlerischen, wissenschaftlichen und städtebaulichen Wertes mit Nachdruck verlangt.

Mit der Verwaltungsreform kommt auf die Landkreise eine neue Verantwortung zu; sie können entscheidend die Gestaltung der gebauten Umwelt beeinflussen; bei der Aufstellung der Denkmallisten für die neue Landesbauordnung haben sie mitzuwirken. Ein besonders gutes Beispiel für die landespflegerische Tätigkeit eines Kommunalverbandes bildet der Landkreis Rotenburg, wie der Landeskonservator hervorhebt.

Damit kommen wir nun zu denkmalpflegerischen Einzelheiten, von denen viele uns als Meldungen für die Rote Mappe unterbreitet worden sind. Wir greifen die wichtigsten heraus und bemühen uns, in der Reihenfolge gewisse geographische Zusammenhänge zu beachten.

Beginnen wir mit der Landeshauptstadt Hannover, so wird allgemein der Verlust der sogenannten „Tränenburg“ in Döhren und der klassizistischen Häuser am Schiffgraben bedauert. Das Fehlen eines Denkmalschutzgesetzes macht sich in solchen Fällen besonders bemerkbar, wahrscheinlich aber doch wohl auch bei jenem Hotelhochhaus, das die Stadthalle aus dem Jahre 1913 überragen und damit optisch auf das schwerste beeinträchtigen soll.

Unerfreulich sind aber auch die Zustände an der wohl schönsten Straße der Stadt, dem Leibnizufer. Hier herrschen Großzügigkeit und Weiträumigkeit, wie es einer Landeshauptstadt geziemt, hier gibt es noch die Schönheit guter Gestaltung vor der Einöde moderner Zweckbauten. Ausgerechnet dort ist nun aber anstelle der früheren Leineinsel ein Parkplatz angelegt worden, der ganz gewiß nur vorübergehend geduldet werden kann. Hier sollte man den Grünzug an der Leine entlang fortsetzen, für die Autos müßte wahrscheinlich eine Tiefgarage geschaffen werden.

Europäisches Jahr des Denkmalschutzes 1975

Die Stadtmitte menschlich bleiben lassen!

Kaufhäuser und Großgaragen

Wolfenbüttel

Gute Verfügung des Regierungspräsidenten Lüneburg

Verantwortung der Landkreise

Denkmalpflegerische Einzelheiten

Hannover

Überdies erinnern wir noch einmal an die Beseitigung des häßlichen Zwischenbaues beim früheren Dienstgebäude des Regierungspräsidenten; beim Abbruch der Arkaden an den Hohen Schulen am Georgsplatz war erklärt worden, sie sollten an dieser Stelle eingefügt werden, zumal der Blick in den grünen Innenhof eine erhebliche städtebauliche Verbesserung wäre. Möge es nun doch endlich dazu kommen.

In Lüneburg sind Bemühungen der Stadt um die Erhaltung und Instandsetzung historischer Bauten anzuerkennen, auch Private beteiligen sich vielfach nach besten Kräften daran. Leider konnte der Abbruch von zwei Häusern am Sand und der Bau eines Kaufhauses in unmittelbarer Nähe des Glockenhauses, eines wertvollen mittelalterlichen Bauwerks, nicht verhindert werden. Der Bürgerverein Lüneburg hat eine „Rot-blau-weiße Mappe“ nach dem Vorbild unserer Roten Mappe herausgegeben und darin Lob und Anerkennung für gute Stadtbildpflege, aber auch Tadel für Versäumnisse und Mängel sowie vor allem Vorschläge für praktische Maßnahmen veröffentlicht.

Leider stellt das Städtebauförderungsgesetz nur Geld für den Abbruch alter Häuser zur Verfügung, nicht aber für deren Erhaltung und Instandsetzung.

Die alte Kirche in Bispingen, ein urtümliches Bauwerk aus Findlingsblöcken, wird nun erfreulicherweise wieder instand gesetzt.

Dort in der Lüneburger Heide waren die Treppenspeicher jahrhundertlang ein bestimmendes Element der Bauernhöfe. Neuerdings mehren sich die Anträge wohlhabender Bürger, sie zu kaufen, abzurechen und in fremder Umgebung als Wochenend- oder Ferienhaus wiederzuerrichten. Gegen diese neue Zweckbestimmung ist wenig einzuwenden, aber man sollte die Bauten unbedingt in dem ursprünglichen Hofverband lassen; das gilt auch für ähnliche Wirtschaftsgebäude, Scheunen und dergleichen.

In Bad Zwischenahn haben wir schon 1972 mit Bedauern die Entscheidung der Gemeinde für ein Hochhaus am Seeufer vermerkt. Jetzt soll dort ein weiterer Großbau aus Beton und Glas entstehen. Das bedeutet eine sehr unerfreuliche Beeinträchtigung des Ufers, überdies werden dem traditionsreichen Freilichtmuseum Entwicklungsmöglichkeit und landschaftliche Eingliederung genommen. Außerdem wird im wesentlichsten Bereich des Landschaftsschutzgebietes ein Ballungszentrum geschaffen, dessen Verkehr weitere Zerstörungen zur Folge haben wird. Die Oldenburg-Stiftung betont deutlich, das offene Seeufer müsse erhalten und die Großplanung an anderer Stelle entwickelt werden. Der Verwaltungspräsident Oldenburg hat die Planung erfreulicherweise nicht gutgeheißen; hoffentlich werden bessere Vorschläge erarbeitet.

In Bederkesa ist die Erhaltung der Burg, eines bescheidenen Backsteingebäudes, jetzt hoffnungslos; es befindet sich in vollem Verfall. Ein Neubau ist unvermeidlich, aber nun kommt es darauf an, ihn gut in dieses besonders schöne Ortsbild einzufügen; ein Hochhaus an dieser Stelle wäre unerträglich.

Die Stadt Papenburg schreibt uns, die Erhaltung der Kanäle und des Charakters einer Fehnkolonie liege ihr sehr am Herzen. Auf der anderen Seite melden die Zeitungen, die letzte Kastenschleuse solle nun endgültig verschwinden; sie und den Kanal würde man bald nur noch auf alten Bildern sehen können. Hier scheint wieder einmal der übermächtige Straßenverkehr zu siegen.

In Weener (Ostfriesland) herrscht Sorge darüber, daß der alte Emshafen verschwinden und auch diese Stadt um ein charakteristisches Bild ärmer werden soll. Es wäre ein Jammer, wenn das geschähe!

Den Erwerb des Jagdschlusses Clemenswerth durch den Landkreis AschendorfHümmling haben wir schon in früheren Jahren lobend erwähnt. Jetzt finden dort regelmäßig Ausstellungen einheimischer Künstler der verschiedensten Richtungen statt. Außerdem ist damit begonnen worden, ein emsländisches Heimatmuseum einzurichten, das nicht nur die Vergangenheit zeigen, sondern auch zukunftsweisende Planungsabsichten deutlich machen soll. Man sieht also, welchen Inhalt ein historisches Bauwerk auch heute noch bekommen und was ein Landkreis aus seinem Besitz machen kann!

In Bramsche hat die Stadt Osnabrück ein wertvolles Fachwerkhaus erworben, das an Ort und Stelle nicht mehr zu halten war. Studierende der Technikerschule für Bauwesen Osnab-

Lüneburg

Bispingen

Treppenspeicher

Bad Zwischenahn

Bederkesa

Papenburg

Weener

Clemenswerth

Bramsche

rück haben es abgetragen und in diese Stadt überführt. Es wird dort wieder aufgebaut und konnte so vor der Vernichtung gerettet werden.

Die gleiche Technikerschule hat umfangreiche Untersuchungen und Erneuerungsarbeiten an der Alexanderkirche Wallenhorst durchgeführt, und zwar im Rahmen des bau- und kulturgeschichtlichen Unterrichts. Die Ergebnisse sollen in einem zusammenfassenden Bericht veröffentlicht werden.

Wallenhorst

Bei der Blumlage in Celle, einem alten Stadtteil an der Ausfahrtstraße nach Braunschweig, genügen die Bauten längst nicht mehr den heutigen Ansprüchen. Jetzt sollen mit umfassenden Maßnahmen und mit Hilfe der öffentlichen Hand Voraussetzungen geschaffen werden, um in der Nähe des Stadtkernes und in landschaftlich guter Lage neuzeitliches Wohnen zu ermöglichen. Es besteht die Absicht, die angerartige Erweiterung der Straße beizubehalten und die Maßstäbe dieses Bereiches einigermaßen zu wahren. Gute Freunde unserer Sache in der Stadt Celle wenden sich leidenschaftlich gegen die Pläne; wir fürchten jedoch, daß hier die Notwendigkeit der Erneuerung nicht mehr bestritten werden und es nur noch darum gehen kann, wie man die neuen Bauten gestaltet. Das sollte die Stadt mit allen beteiligten Kreisen diskutieren.

Celle

Die Amtsgerichte in Bleckede, Medingen und Ahlden sind wie viele andere aufgelöst worden. Der Landeskonservator und der Regierungspräsident Lüneburg bemühen sich, für die Bauten eine neue Zweckbestimmung zu finden. Hoffentlich gelingt es; namentlich bei dem historisch so bedeutsamen und auch gestalterisch schönen Amtshaus Ahlden wäre es ein unerträglicher Gedanke, seinen Verlust zu erleben. Diese Stätte ist auch für den internationalen Fremdenverkehr von erheblicher Bedeutung. Sofern der Staat daran denkt, solche Gebäude zu verkaufen, müßte auf jeden Fall durch Eintragung im Grundbuch sichergestellt werden, daß alle Änderungen nur im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten erfolgen dürfen.

Amtsgerichte

Aus dem Schloß Gifhorn ist das Amtsgericht ebenfalls ausgezogen; inzwischen sind die Räume vom Landkreis übernommen, instand gesetzt und für das Museum hergerichtet worden. Eine Stuckdecke aus einem abgebrochenen Herrenhaus der benachbarten Gegend hat man dort eingebaut. Es zeigt sich also, was aus einem ehemaligen Amtsgericht gemacht werden kann.

Gifhorn

Die Schloßkapelle in Gifhorn aus dem 16. Jahrhundert bekam immer stärkere Risse. Inzwischen sind Sicherungsarbeiten abgeschlossen worden, zum größten Teil auf Kosten des Kreises, aber auch mit Mitteln des Landes und der Klosterkammer.

Im Kloster Isenhagen hat der Landkreis Gifhorn das aus dem 15. Jahrhundert stammende Brauhaus, ein Werk der Backsteingotik mit charakteristischem Treppengiebel, „unter seine Fittiche genommen“, nachdem es sich in großer Gefahr befunden hatte. Jetzt ist es wiederhergestellt, und ein gutes Heimatmuseum ist darin eingerichtet worden. Bei der Eröffnung hat unser Freund Rektor Heinz Burghard die Festrede gehalten. Immerhin bleibt noch ein Wunsch in Isenhagen offen: Das im Landesbesitz befindliche ehemalige Gästehaus möge ebenfalls erhalten bleiben! Der Landkreis sollte es übernehmen, und der Staat sollte es ihm für einen ganz geringen Preis überlassen.

Isenhagen

In Bückeburg gibt es Sorge um die von Minden kommende Autobahn, die vor den Toren der Stadt enden, sie also nicht umgehen soll. Die schon längst überlastete Lange Straße wird dann also wohl völlig verstopft werden, und für die Stadtkirche besteht schwere Gefahr durch die Erschütterungen. Eine Umgehung der Stadt scheint uns unerläßlich zu sein.

Bückeburg

In Hildesheim wünschen wir uns die Erhaltung und Instandsetzung des letzten großen spätgotischen Fachwerkhäuses, des im Jahre 1497 erbauten Hospitals am Brühl. Wie es heißt, sollen Altenwohnungen darin eingerichtet werden. Auch die Wiederherstellung des Landschaftsgebäudes sollte unbedingt weitergeführt werden; wir haben es schon früher in der Roten Mappe erwähnt. Leider zeichnet sich auch noch keine endgültige Sicherung für die Ruine der Paulinerkirche ab.

Hildesheim

Im Fall Hämelschenburg ist es schön, daß sich das Land mit mehreren Körperschaften öffentlichen Rechts zusammengefunden hat, um die Erhaltung dieses wichtigen Bauwerks

Hämelschenburg

der Weserrenaissance zu sichern und die Öffnung für die Allgemeinheit zu ermöglichen. Es sind aber noch erhebliche weitere Arbeiten nötig, u. a. für die Vorsorge gegen Diebstahl. Schon kurz nach Eröffnung hatte die Familie von Klencke den großen Kummer, die nächtliche Ausräumung der wertvollen Waffenkammer mit unersetzlichen Erbstücken zu erleben.

In **Osterode** haben wir die Villa Schachtrupp schon in der Roten Mappe 1970 erwähnt, ein klassizistisches Gebäude in einem großen Park vor den Toren der Stadt, wahrscheinlich von dem bedeutenden Baumeister Laves beeinflusst. Dringend nötig wäre zunächst ein Anstrich, dann vor allem aber wieder eine bessere Verwendung des wertvollen Bauwerks, für die es selbstverständlich instand gesetzt werden müßte.

Über die **Thieplätze** in der Göttinger Gegend, derentwegen wir im letzten Jahr einige Sorge geäußert haben, hören wir zu unserer Freude vom Landkreis, alle beteiligten Gemeinden ließen Bereitschaft und Aufgeschlossenheit für die Erhaltung dieser historischen Anlagen erkennen; der Landkreis unterstütze sie durch finanzielle Zuschüsse. Von der Universität Göttingen wird uns dazu geschrieben, diese verständnisvolle heimatpflegerische Tätigkeit verdiene jede Anerkennung.

In **Hann. Münden** verfällt der „Ochsenkopf“, ein in ganz Niedersachsen einzigartiges Fachwerkgebäude aus dem 16. Jahrhundert, hoffnungslos. Der Eigentümer kann nichts mehr damit anfangen, die Stadt will es nicht kaufen; wie denkt das Land darüber? Im übrigen wenden sich dort zahlreiche Bürger gegen den Plan, eine Straße durch den Wall zu führen. Das wäre ein unersetzlicher Verlust für den grünen Rahmen des alten Stadtkerns.

Im ganzen Lande gibt es eine Fülle von **Kreuzsteinen**; viele dieser alten Flurdenkmale sind aber im Laufe der Jahre verschwunden, beschädigt oder versetzt worden. Sie sollten auf jeden Fall erhalten werden, und zwar unbedingt an der ursprünglichen Stelle, falls kein wirklich zwingender Grund für ihre Versetzung besteht. Das ist eine Aufgabe der Gemeinden, die von ihnen gesehen werden müßte.

Nach der Baudenkmalpflege nun noch einige Hinweise zur **Bodendenkmalpflege**, über die Grundsätzliches schon gesagt worden ist.

Der **Landwirtschaftsminister** hat gleich nach den Sturmschäden einen Erlaß herausgegeben, bei der Aufräumung müsse auf die Belange der archäologischen Denkmalpflege Rücksicht genommen werden. Ein ähnlicher Erlaß stammt auch von der Oberfinanzdirektion Hannover für die Bundesforstverwaltung. Beides sind erfreuliche Tatsachen.

Beim Bundesverteidigungsminister möge nun aber auch noch ein wirksamer Schutz der archäologischen Denkmale innerhalb von Truppenübungsplätzen erreicht werden. Die Landesbeamten der Denkmalpflege haben keinen Zugang dazu, können den Bestand nicht aufnehmen und nichts für den Schutz tun. Entsprechend sollte das Militär diese Aufgabe sehen; in einem Falle haben wir ja schon einem Offizier unsere Anerkennung dafür aussprechen können. Er ist überdies mit dem Niedersächsischen Verdienstorden ausgezeichnet worden.

Dankbar anzuerkennen ist, daß ein großes Hügelgräberfeld bei **Addenstorf** (Kreis Uelzen) durch das Land mit Sondermitteln gekauft worden ist. Der Landkreis Uelzen hat es inzwischen mit Hilfe seines Kreisarchäologen in beispielhafter Weise instand gesetzt.

Beim **Pestruper Gräberfeld** hat es Bestrebungen gegeben, an diesem eindrucksvollen Gelände Gaststätten, Verkaufswagen und dergleichen zu errichten. Der Verwaltungspräsident Oldenburg hat das erfreulicherweise abgelehnt; es wäre wichtig, für dieses Heidegebiet wieder eine Schnuckenherde zu beschaffen, um die Landschaft zu erhalten.

Insgesamt bemüht sich die Bodendenkmalpflege, die Öffentlichkeit zu archäologischen Denkmälern hinzuführen und für ihren Schutz zu werben. Schon seit Jahren werden entsprechende „Lehrpfade“ eingerichtet, meist in Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung, dem Landkreis und dem Straßenbauamt. Das gemeinsame Wirken verschiedener Institutionen und Behörden zum Schutze von Kulturgut ist sehr erfreulich; möge es noch recht oft befolgt

Osterode

Thieplätze in der Göttinger Gegend

Hann. Münden

Kreuzsteine

Bodendenkmalpflege

Guter Erlaß des Landwirtschaftsministers

Wünsche an den Bundesverteidigungsminister

Addenstorf

Pestruper Gräberfeld

Archäologische Lehrpfade

werden! Ein gutes Beispiel ist neuerdings auch der Lehrpfad im Flögelner Wald bei Bederkesa, der im wesentlichen der Initiative unseres Freundes Dr. Hans Aust zu verdanken ist.

Im Gegensatz dazu befindet sich die **Bennigser Burg** am Deister im privaten Eigentum mehrerer Landwirte. Sie ist zur Holzerzeugung aufgeforstet worden, fast zugewachsen, kaum zu betreten und nicht mehr zu überblicken; damit geht sie dem historischen Bewußtsein des Volkes verloren. Sie sollte vom Lande gekauft werden; bei der Staatsforstverwaltung ist anzuerkennen, daß sie meist Rücksicht auf derartige Anlagen nimmt.

Bennigser Burg

Es bleiben schließlich noch einige Dinge zu erwähnen, die wir unter **Verschiedenes** eingliedern möchten.

Verschiedenes

Unsere **Jugendseminare**, wichtige Hoffnung für die Zukunft, blühen in erfreulicher Weise. Ihr Leiter, Dr. Gert Lange, hat im Juni dieses Jahres in Inzmühlen (Lüneburger Heide) sein 10. Jugendseminar geleitet; ihm und seinen Mitarbeitern Heiko Fleck und Burkhard Schäfer gelten unser herzlichster Dank und unsere besondere Anerkennung! Vor allem beim letzten Mal waren die Teilnehmer geradezu hell begeistert, es war offenbar die beste Veranstaltung dieser Art, die wir je verzeichnen konnten. Vorbereitung und Durchführung verdienen hohes Lob, es gab gute und durchaus kritische Niederschriften der Teilnehmer. Auch den Dozenten sei herzlich gedankt.

Jugendseminare – wichtige Hoffnung für die Zukunft

Im Frühjahr hat auch die Oldenburg-Stiftung ein Seminar nach unserem Vorbild in Thülsfelde mit gutem Erfolg veranstaltet.

In Bremen ist nun das **Institut für niederdeutsche Sprache** gegründet worden; es wird von allen niederdeutschen Bundesländern getragen. Außer eigenen Arbeiten soll es vor allem koordinieren und informieren; wir betrachten die Gründung mit großer Hoffnung für die Erhaltung und Fortentwicklung des Plattdeutschen.

Institut für niederdeutsche Sprache

Den **Landesmuseen** hat der Landtag nun doch endlich wieder Mittel für Neuanschaffungen bewilligt. Immer noch bittere Finanznöte ergeben sich aber beim **Museumsdorf Cloppenburg**; das Land hat sich trotz aller Zusagen leider noch nicht bereit gefunden, den Personalhaushalt zu übernehmen. Der Wiederaufbau der Wehlburg dort geht aber zügig voran.

Landesmuseen, Museumsdorf Cloppenburg

Zwei Bezirksverbände haben sich im letzten Jahr gebildet, nämlich der **Heimatbund Osnabrücker Land** und der **Landschafts- und Heimatverband Eichsfeld**. Beide sind Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Stellen und Vereinigungen, die sich mit der Heimatpflege befassen. Ihre Bestrebungen entsprechen den unsrigen, sie sind unser Mitglied geworden. Wir begrüßen beide herzlich und sind überzeugt davon, mit ihnen ebenso gut zusammenarbeiten zu können, wie es bei den älteren Bezirksverbänden der Fall ist.

Zwei neue Bezirksverbände

Den sogenannten **Massenmedien**, also Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen, gilt auch in diesem Jahr unser Dank für vielerlei Förderung.

Dank an die Massenmedien

Nach dem Vortrag der Roten Mappe bekommen wir seit Jahren jedesmal einen kritischen Brief von einem unserer ältesten Freunde, der uns immer wieder vorwirft, wir befaßten uns mit den Sachen der Heimat, nicht aber mit dem Wichtigsten, nämlich den **Menschen der Heimat**. Probleme der Flüchtlinge und Gastarbeiter, der Abwanderung aus der Landwirtschaft, Fragen körperlicher, geistiger und seelischer Gesundheit müßten uns beschäftigen. Darauf erwidern wir jedes Jahr wieder: Die von uns in so großer Zahl behandelten „Sachen“ sind selbstverständlich vor allem wertvoll im Hinblick auf die Menschen, aber damit sind unsere Arbeitskraft und unsere Möglichkeiten auch bis zum äußersten erfüllt. Wollten wir nun auch noch soziologische Aufgaben übernehmen, so wären wir schnell bei einem Dilettantismus angelangt, der allen Teilen nur schaden könnte.

Die Menschen der Heimat

Meine Damen und Herren, das wäre denn in diesem Jahre wieder einmal die Rote Mappe. Sie hat angefangen beim Heiligen Anger und dem Hylligen Born in Bad Pyrmont, hat das weite Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchstreift, sich mit Bau- und Bodendenkmalpflege befaßt, Einzelheiten unter die Lupe genommen, Lob und Tadel verteilt und allgemeine Erkenntnisse zu gewinnen versucht.

Alles das ist nicht in eigener Machtvollkommenheit geschehen, sondern als kurze Zusammenfassung verantwortungsbewußter Arbeit eines ganzen Jahres, ständig in Fühlung mit allen uns nahestehenden Persönlichkeiten und Vereinigungen im Lande, und als Extrakt sorgfältig geprüfter und gefilterter Nachrichten, die uns in großer Zahl erreicht haben.

Im letzten Jahre schloß die Rote Mappe mit einem leidenschaftlichen Appell an den Landtag und die Landesregierung, diese wichtigen Bestrebungen besser zu fördern als früher. Diesmal können wir mit Freude und Befriedigung feststellen, daß unser Appell gehört und vieles verbessert worden ist. Die Ansätze sind hoffnungsvoll, aber es ist dringend nötig, sie weiterzuentwickeln. Möge auch in Zukunft für alles das, dem wir uns widmen, das Wohlwollen des Landes Niedersachsen und seiner Organe ebenso dauerhaft, ebenso kräftig und ebenso heilsam sprudeln wie der Hyllige Born auf dem Heiligen Anger zu Pyrmont!